

Berufliche Bildung

Die GEW hält eine starke Berufliche Bildung auch in der Fläche für erforderlich. Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um auch im ländlichen Bereich die duale Ausbildung sicher zu stellen?



Eine Zentralisierung von Fachklassen lehnen wir ab, da die Ausbildungsmöglichkeiten der Basisberufe in den ländlichen Berufsschulen der Kreise unverzichtbar sind. Gehen sie verloren, würden auch Werkstätten und Labore in den Berufsschulen abgebaut, so dass auch Fortbildung an größeren Standorten durchgeführt müsste. Die flächendeckende berufliche Ausbildung ist eine Voraussetzung für die Stärkung des ländlichen Raums.



Wir unterstützen die Kreise dabei, ihre beruflichen Schulen in RBZs umzuwandeln. Auch die Gründung eines SHIBB wird zu einer weiteren Stärkung führen. Mit einem landesweiten und bezahlbaren Azubi-Ticket helfen wir bei weiten Wegen. Wo die Lage besonders schwierig ist, suchen wir nach Möglichkeiten, dass Berufliche Schulen oder RBZ als Dualpartner auftreten können.



Die FDP will die duale Ausbildung stärken und ihre Rahmenbedingungen auch finanziell attraktiver gestalten. So gilt es, die beidseitige Verantwortlichkeit von Ausbildungsbetrieb und Berufsschule in der dualen Ausbildung zu stärken und institutionell zu verankern. Auch sind die Berufsschulstandorte in den Regionen mit geringen Ausbildungszahlen zu erhalten und die dafür benötigten Ressourcen bereitzustellen.



Wir sehen es als wichtig an, dass es ein gutes Angebot an dualen Ausbildungsgängen in allen Teilen des Landes gibt. Hier sehen wir auch die Ausbildungsbetriebe in der Pflicht, um eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen zu erreichen. Damit könnte der Erhalt der Berufsschulklassen auch in der Fläche gewährleistet werden. ..Wir werden uns für die Einrichtung des bereits in dieser Wahlperiode auf den Weg gebrachten Schleswig-Holsteinischen Instituts für Berufliche Bildung (SHIBB) einsetzen.



Wir wollen die berufliche Bildung eigenständig weiterentwickeln und hierfür mehr Mittel in die Hand nehmen. Mit Blick auf Angebote in der Fläche zeigt die Erfahrung, dass es flexible Lösungen vor Ort braucht. Hier wollen wir unseren Bildungszentren und beruflichen Schulen größere Kooperationsspielräume geben. Daneben wird aber auch unser neues Landesinstitut (SHIBB) wertvolle Impulse liefern.



DIE LINKE in Schleswig-Holstein setzt sich für eine Ausbildungsplatzumlage ein. Betriebe, die nicht ausbilden sollen zahlen. So wollen wir ein vielfältiges Ausbildungsplatzangebot in Schleswig-Holstein erreichen. Außerdem halten wir die Einrichtung von immer größeren und immer wenigeren RBZs für einen Fehler. Es muss nun über Außenstellen von RBZs nachgedacht werden, um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten.



Wir halten besonders für den ländlichen Bereich eine Vernetzung aller regional im Bereich Bildung tätigen Akteure (sowohl der professionellen als auch der im Rahmen zivilgesellschaftlichen Engagements aktiven) für notwendig. Nur so kann es gelingen, Bildung als Prozess "von der Wiege bis zur Bahre" zu gestalten und allen Menschen eine Chance auf Bildung und Teilhabe zu ermöglichen



Die Schülerzahlen im dualen Ausbildungssystem sind seit Jahren rückläufig (Ausnahme: Doppeljahrgang 2016). Die Beruflichen Schulen in den ländlichen, strukturschwachen Regionen trifft dies besonders. Der Rückgang der SchulabgängerInnen aus den allgemeinbildenden Schulen macht ihnen zu schaffen, ebenso die Tatsache, dass sie vor allem Handwerks- und Gastronomieberufe beschulen, die von Betriebsschließungen und unbesetzten Ausbildungsplätzen geprägt sind. Um ihren Standort zu erhalten, legen die Schulen Klassenstufen (UMO- Klassen) und verwandtem Berufe zusammen. Aber es wird auch Unterricht gekürzt, notwendige Investitionen unterbleiben, so dass die Qualität der Ausbildung leidet.

Die Bildung von Bezirksfach- und Landesberufsschulklassen wird unumgänglich. **Dafür müssen Schule, Kreise und Städte ihre Kirchturmpolitik aufgeben.**

Forderungen:

- Bezirksfach- und Landesberufsschulklassen bevorzugt in strukturschwachen Regionen ansiedeln. Diese Schulen müssen andere Ausbildungsberufe abgeben; Folge: Profil-/Schwerpunktbildung auch bei ehemaligen Kreisberufsschulen;
- Langfristige und transparente Planung, um zu große Härten zu vermeiden;
- Zeit für die Schulen zur Umstrukturierung;
- Einbeziehung der KollegInnen; betroffene KollegInnen brauchen ggf. eine Chance zur Umorientierung (Weiterbildung, Fortbildung, Abordnung, Versetzung);
- Unterstützung für SchülerInnen (Wohnheime/Internate, Fahrkostenerstattung) und evtl. auch für Ausbildungsbetriebe